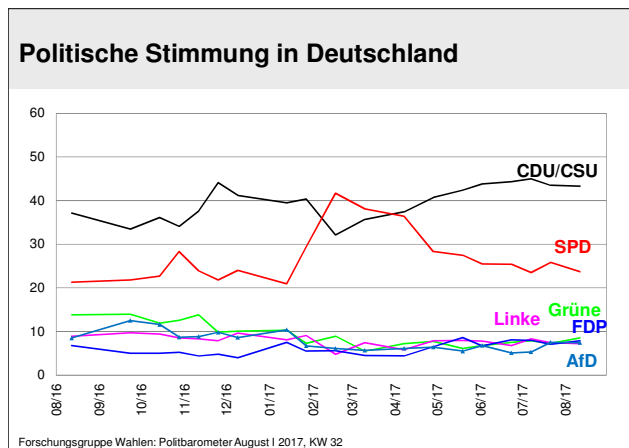


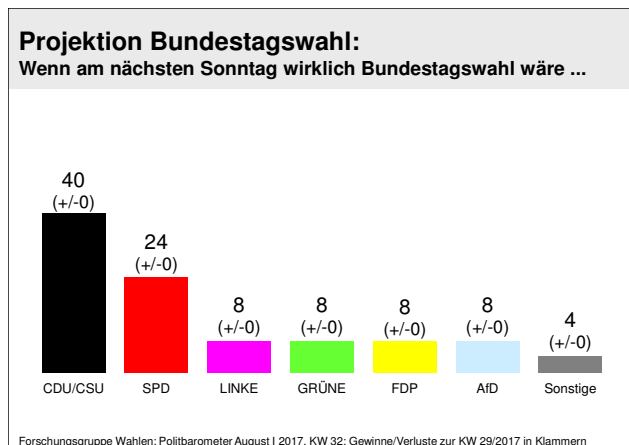
Repräsentative Umfrage – KW 32

Vom 08.08. bis 10.08.2017 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF 1.352 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch befragt. Die wichtigsten Ergebnisse:

Gut sechs Wochen vor der Bundestagswahl haben Union, SPD und AfD in der politischen Stimmung leichte Verluste, Grüne und FDP legen etwas zu, die Linke ist unverändert. Die CDU/CSU erreicht aktuell 43% (-1), die SPD kommt jetzt auf 24% (-2), die Linke wird wie zuletzt bei 7% (+/-0) gemessen, die Grünen erreichen mit 9% (+2) ihren besten Stimmungswert seit Februar, die FDP liegt bei 8% (+1), die AfD rutscht auf 7% (-1) und alle sonstigen Parteien erreichen in der Summe 2% (+1).



Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und auch taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in der augenblicklichen Stimmung zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

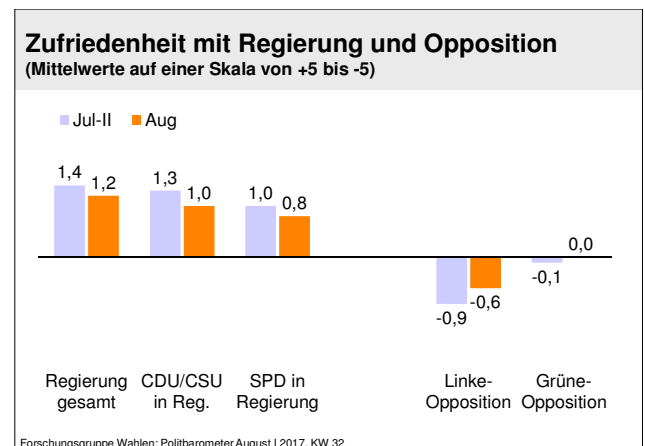


Wäre am Sonntag Bundestagswahl, gäbe es zur letzten Politbarometer-Projektion keine Veränderungen: Demnach könnte die Union mit 40% (+/-0) rechnen, die Sozialdemokraten kämen auf 24% (+/-0) und

die Grünen auf unverändert 8% (+/-0). Auch die Linke würde 8% (+/-0) erzielen, FDP und AfD lägen ebenfalls bei jeweils 8% (+/-0), die sonstigen Parteien würden zusammen 4% (+/-0) erzielen. Mehrheiten gäbe es nur für eine große Koalition oder ein „Jamajka“-Bündnis aus CDU/CSU, Grünen und FDP. Für Schwarz-Gelb, für Rot-Rot-Grün oder für eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP würde es nicht reichen.

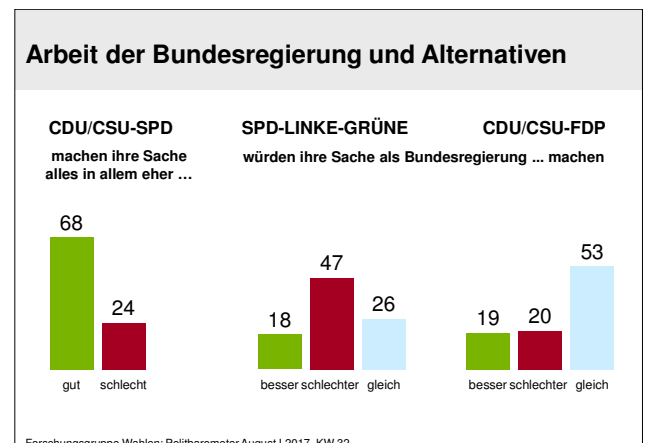
Regierung und Opposition

Bei der Zufriedenheit mit Regierung und Opposition gibt es für die Große Koalition jetzt etwas weniger gute Noten: Auf der +5/-5-Skala (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) wird das Kabinett insgesamt bei 1,2 verortet, die CDU/CSU erreicht in der Einzelwertung 1,0 und die SPD 0,8.



Bundesregierung und Alternativen

Für 68% der Befragten ist die Gesamtbilanz von Schwarz-Rot eher positiv, 24% sprechen von eher schlechter Arbeit. Gleichzeitig sehen die meisten Bundesbürger im Vergleich zur aktuellen Koalition in Schwarz-Gelb oder Rot-Rot-Grün keine gewinnbringende Alternative. Speziell bei Rot-Rot-Grün befürchten zahlreiche Befragte eine qualitative Verschlechterung von Regierungsleistungen.



Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	alle Befragten				eigene Anhänger			
	Jun-II	Jul-I	Jul-II	Aug-I	Jun-II	Jul-I	Jul-II	Aug-I
Angela Merkel	2,1	2,3	2,2	1,8	3,9	4,0	3,9	3,7
Wolfgang Schäuble	1,7	1,7	1,7	1,6	3,1	3,1	2,8	3,0
Sigmar Gabriel	0,9	1,3	1,0	1,0	1,7	2,3	2,1	2,0
Christian Lindner	1,0	1,1	1,1	0,8	3,4	3,0	3,2	2,9
Cem Özdemir	0,6	0,7	0,8	0,7	2,6	2,5	2,3	2,2
Thomas de Maizière	1,0	1,1	1,2	0,7	2,1	2,1	2,2	1,6
Martin Schulz	0,8	0,7	0,8	0,6	2,9	2,8	2,6	2,7
Horst Seehofer	0,5	0,6	0,5	0,5	1,9	1,8	1,4	1,6
Ursula von der Leyen	0,2	0,3	0,3	0,3	1,5	1,5	1,2	1,6
Sahra Wagenknecht	---	---	-0,3	-0,3	---	---	2,3	3,0

Anfang August gibt es in den Politbarometer Top 10 einen negativen Gesamttrend: Sechs der zehn nach Meinung der Deutschen wichtigsten Politikerinnen und Politiker werden jetzt schlechter bewertet als Ende Juli, verbessern kann sich niemand. Besonders deutliche Imageeinbußen haben Thomas de Maizière und Angela Merkel. Dennoch hält die Bundeskanzlerin – wenn auch weniger souverän als zuletzt – ihre Spitzenposition. Auf der +5/-5-Skala (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) erreicht Angela Merkel jetzt den Durchschnittswert 1,8, was sich bei nur leicht gesunkener Reputation in den eigenen Reihen primär mit deutlich weniger guten Noten in allen anderen Anhängerschaften erklärt. Auf Platz zwei liegt weiterhin Wolfgang Schäuble (1,6), Sigmar Gabriel (1,0) verbessert sich mit stabiler Bewertung um zwei Positionen auf Rang drei, Christian Lindner (0,8) hält trotz klarer Imageeinbußen Platz vier. Dahinter folgen bei Bewertungsunterschieden im Hundertstelbereich Cem Özdemir (0,7) und Thomas de Maizière (0,7), dann Martin Schulz (0,6) vor Horst Seehofer (0,5), auf den Plätzen neun und zehn liegen in Rang und Note unverändert Ursula von der Leyen (0,3) und Sahra Wagenknecht (-0,3).

Die wichtigsten Probleme im August

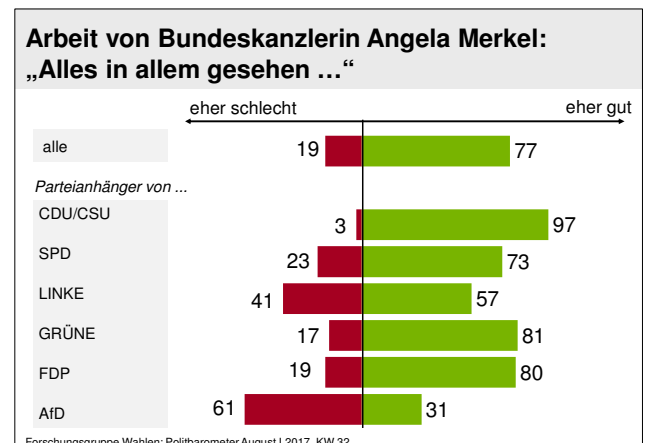
Bei der Frage nach den zurzeit wichtigsten Problemen in Deutschland dominiert – mit zum Vormonat praktisch unveränderter Intensität – der Bereich Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Zuwanderung: Bei zwei möglichen Antworten entfallen 47% der Nennungen auf diesen Themenkomplex. Dahinter folgen Rente und Alterssicherung sowie die soziale Gerechtigkeit bzw. soziale Unterschiede in Deutschland.

Die wichtigsten Probleme im August:

	Jul-II	Aug-I
Ausländer/Flüchtlinge/Asyl	49 %	47 %
Rente/Alterssicherung	10 %	13 %
Soziale Gerechtigkeit	11 %	12 %
Bildung/Schule	12 %	11 %
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	7 %	10 %
Diesel-Affäre/Automobilindustrie	---	8 %
Politik(er)verdross	4 %	7 %
Umwelt/Klimawandel	4 %	7 %
Terror/Krieg/Frieden	6 %	7 %
Innere Sicherheit/Kriminalität	10 %	5 %

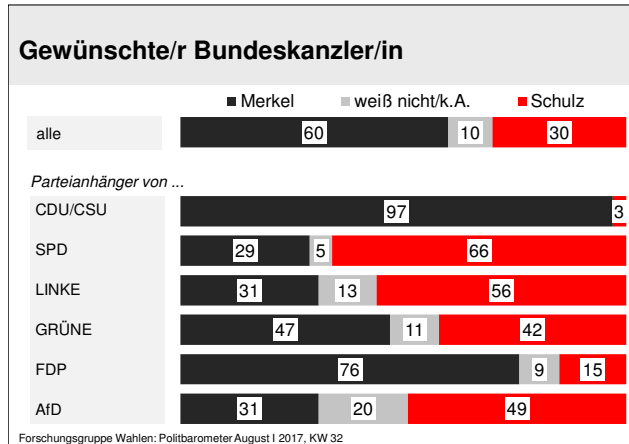
Arbeit der Bundeskanzlerin

Neben der Bundesregierung insgesamt wird auch die Arbeit der Regierungsspitze klar positiv bewertet, wobei sich die Zustimmungswerte zu Angela Merkel konträr zur Großen Koalition auf unverändert hohem Niveau bewegen. Ganz leicht über dem Schnitt der gesamten bisherigen Legislaturperiode bescheinigen aktuell 77% (Jul-I: 82%; Jul-II: 77%) der Befragten Angela Merkel „alles in allem eher gute Arbeit“ als Bundeskanzlerin, 19% (Jul-I: 15%; Jul-II: 18%) der Wahlberechtigten sind in dieser Sache gegenteiliger Meinung.



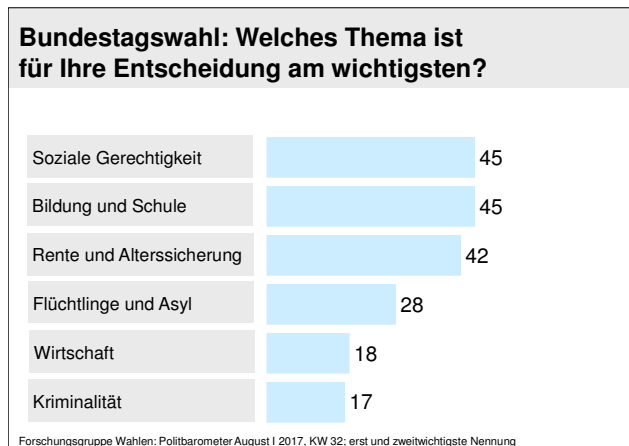
Gewünschte/r Bundeskanzler/in

Ohne echte Veränderungen zum Vormonat, und ähnlich souverän wie sechs Wochen vor der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013, liegt die Amtsinhaberin jetzt 30 Prozentpunkte vor dem Herausforderer. Aktuell wünschen sich 60% (Jul-I: 59%; Jul-II: 59%) der Befragten lieber Angela Merkel als Bundeskanzlerin, 30% (Jul-I: 30%; Jul-II: 30%) sähen lieber Martin Schulz im höchsten Regierungsamt.



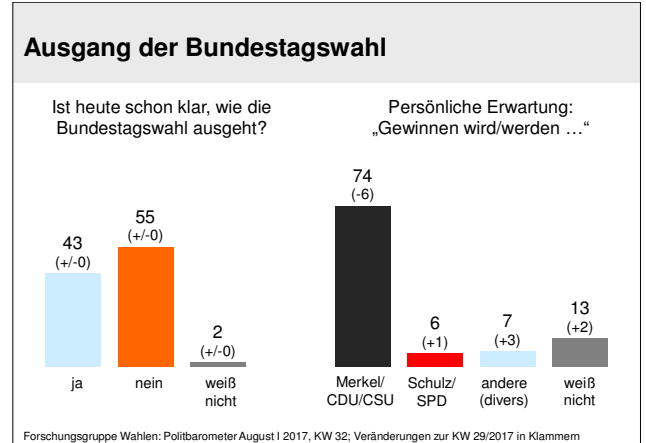
Themen bei der Wahlentscheidung

Die thematisch bedeutendsten Wahlmotive liegen in den Bereichen Soziale Gerechtigkeit, Bildung und Alterssicherung: Wenn sich die Deutschen für zwei der für sie persönlich wichtigsten Themen entscheiden sollen, entfallen 45% aller Nennungen auf „Soziale Gerechtigkeit“, 45% auf „Bildung und Schule“ sowie 42% auf „Rente und Alterssicherung“.



Ausgang der Bundestagswahl

Für die Bundestagswahl im September werden der Union die eindeutig besten Chancen auf den Wahlsieg eingeräumt – wirklich entschieden, so eine Mehrheit, ist aber noch nichts. So ist für unverändert 55% (Jul-I: 61%; Jul-II: 55%) „heute noch nicht klar, wer die Bundestagswahl gewinnt“. Für 43% (Jul-I: 38%; Jul-II: 43%) ist das Rennen bereits gelaufen. Was die persönlichen Erwartungen an den Ausgang der Bundestagswahl betrifft, rechnen jetzt 74% (Jul-I: 74%; Jul-II: 80%) mit einem Sieg von Union und Angela Merkel.



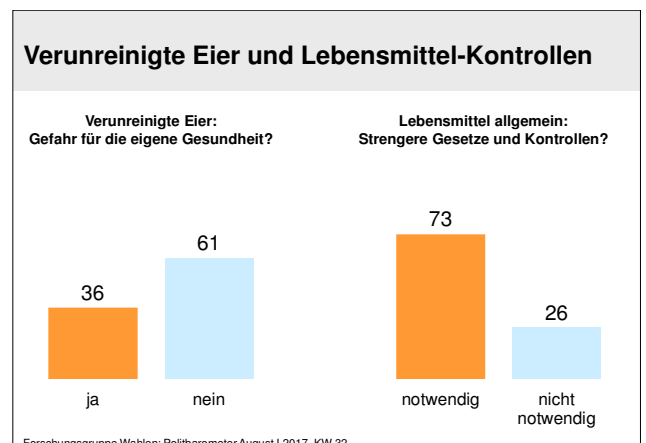
Potenziale und Festlegung auf Parteien

Einschließlich derjenigen, die aktuell für die CDU/CSU stimmen wollen, ist für momentan 60% (Apr-II: 56%; Jun-II: 61%) der Wähler eine Wahl der Union denkbar, für alle anderen kommt das grundsätzlich nicht in Frage. Zusammengenommen 43% (Apr-II: 54%; Jun-II: 48%) sagen, dass sie SPD wählen könnten bzw. ohnehin wählen. Eine Stimme für die Grünen ist für 36% (Apr-II: 38%; Jun-II: 35%) eine denkbare Option. 18% (Apr-II: 21%; Jun-II: 21%) können sich eine Wahl der Linken und 34% (Apr-II: 31%; Jun-II: 36%) eine Wahl der FDP vorstellen. Für die AfD zu stimmen, ist für 11% (Apr-II: 9%; Jun-II: 8%) denkbar, alle anderen schließen das aus.

Das Phänomen politischer Volatilität unterstreicht eine weitere Zahl: Neben ihrer aktuellen Parteipräferenz können sich 69% aller Befragten, die wählen wollen, vorstellen, eine oder verschiedene andere Parteien zu wählen, 31% sind restriktiv auf genau eine Partei festgelegt.

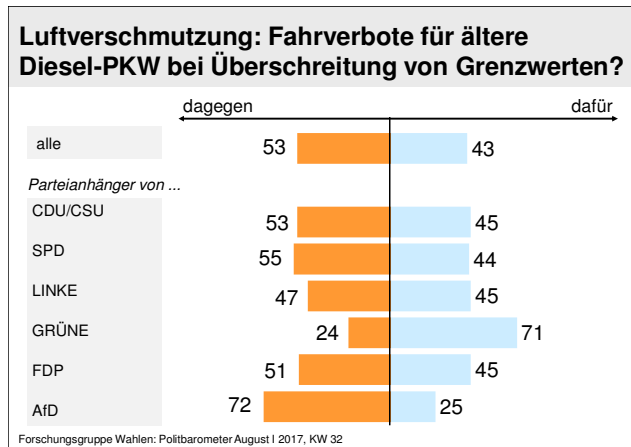
Verunreinigte Eier und Lebensmittel

Wegen der mit einem Insektengift verunreinigten Eier sehen 36% der Deutschen für sich persönlich eine gesundheitliche Gefährdung. Genau wie nach früheren Lebensmittelskandalen gibt es auch jetzt wieder eine deutliche Forderung nach einer Reaktion von Gesetzgeber und Behörden: Wenn es um die Qualität von Lebensmitteln geht, plädieren 73% der Befragten für strengere Gesetze und Kontrollen.



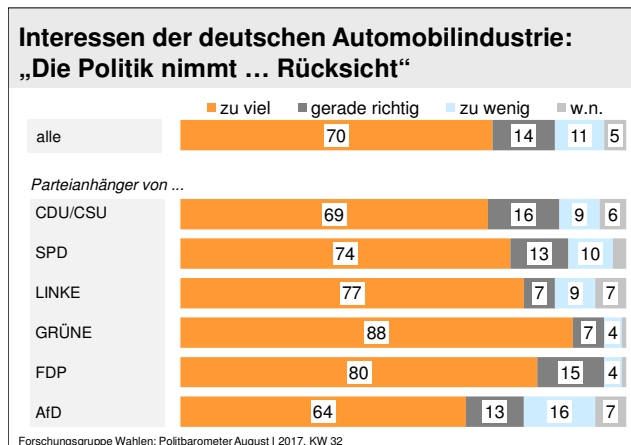
Fahrverbote für Diesel-PKW

In der Diskussion über Luftverschmutzung in Städten sind – an Tagen, an denen entsprechende Grenzwerte überschritten werden – 43% der Deutschen für Fahrverbote für alle Diesel-PKW, die nicht die neueste Abgasnorm haben, 53% sind dagegen.



Deutsche Automobilindustrie

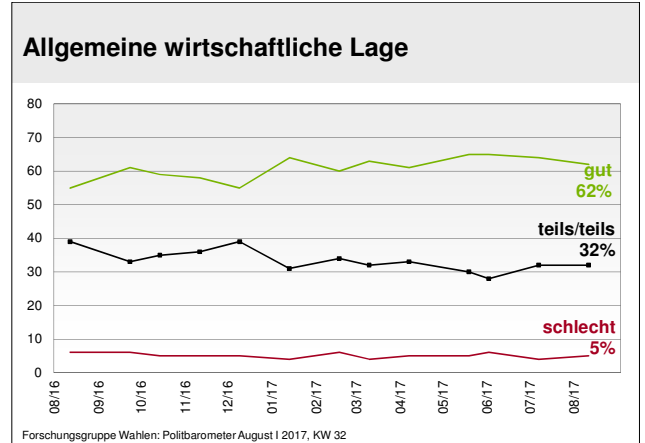
Für 70% der Befragten nimmt die Politik auf die Interessen der deutschen Automobilindustrie zu viel Rücksicht, 11% sagen „zu wenig“ und 14% „gerade richtig“.



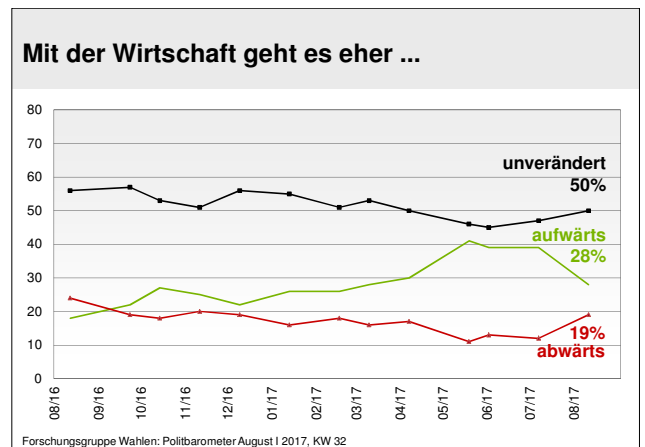
Perspektivisch meinen 48% der Befragten, dass sich an der Bedeutung der deutschen Automobilindustrie weltweit „nicht viel ändern“ wird, 15% erwarten ein zunehmendes Gewicht und 33% sagen, dass deren Bedeutung global betrachtet abnehmen wird.

Wirtschaftslage und Privatfinanzen

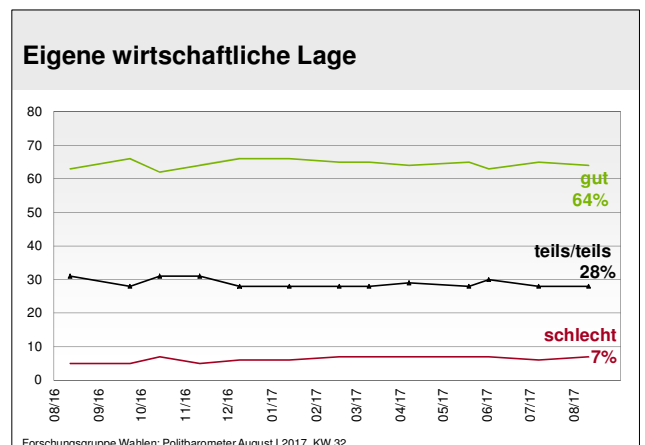
Im August bezeichnen klare Mehrheiten sowohl die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland als auch ihre private finanzielle Situation positiv und trotz weniger optimistischer Konjunkturaussichten befürchten perspektivisch nur wenige eine Verschlechterung.



So konstatieren 62% der Befragten eine gute und nur 5% eine schlechte Wirtschaftslage in Deutschland. Kommend von dieser positiven Bestandsaufnahme meinen 50% der Befragten, dass sich wirtschaftlich demnächst nicht viel ändern wird.



Im Privatbereich sprechen 64% der Befragten von einer guten Wirtschaftslage. Für 28% gestaltet sich diese „teils-teils“, bei 7% ist die eigene finanzielle Situation schlecht.



Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.
 68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199
 Internet: www.forschungsgruppe.de E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF telefonisch erhoben; dabei werden Festnetz- und Mobilfunknummern berücksichtigt. Sendung am 11.08.2017 im „heute-journal“. Nächstes bundesweites Politbarometer am 25.08.2017. Der Fehlerbereich beträgt bei 1.250 Befragten und einem Anteilswert von 40% rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10% rund +/- zwei Prozentpunkte. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von 15 € bei E-Mail-Versand.

Hinweis zu den Tabellen: Jun-II: KW 25/2017; Jul-I: KW 27/2017; Juli-II: KW 29/2017; Aug-I: KW 32/2017